

Niederschrift  
über die  
Sitzung des Regionalrates  
am 8. Dezember 2005  
in Olpe

Beginn: 09.30 Uhr  
Ende: 12.30 Uhr  
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

## **Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 08.12.2005**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 22.09.2005
5. Fortschreibung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg – Teilabschnitt Oberbereich Siegen
  - ErarbeitungsbeschlussVorlage 36/04/05
6. 6. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen (Bochum, Herne, Hagen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Märkischer Kreis) im Bereich der Stadt Menden - Umwandlung in ASB Menden-Lendringsen
  - ErarbeitungsbeschlussVorlage 37/04/05
7. Krankenhausinvestitionsprogramm 2006
  - Aktueller SachstandVorlage 38/04/05
8. Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. € einschließlich des Neubaus von Radwegen an bestehenden Landesstraßen
  - Beschluss über die Priorisierung von MaßnahmenVorlage 39/04/05
9. Bauprogramm für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes
  - Beschluss über den regionalen Vorschlag zum Bauprogramm 2006Vorlage 40/04/05
10. Förderprogramm für den kommunalen Straßen- und Radwegebau
  - Beschluss über den regionalen Vorschlag zum Förderprogramm 2006Vorlage 41/04/05
11. Förderprogramm für den ÖPNV
  - Beschluss über den regionalen Vorschlag zum Förderprogramm 2006Vorlage 42/04/05
12. Nachbesetzung der Kommissionen
13. "Gründung einer Regionalen Planungsgemeinschaft im Ruhrgebiet"
14. IGVP
15. Mitteilungen
16. Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Als neues Mitglied im Regionalrat begrüßt er Frau **Ellen Neuhaus**, die als Nachfolgerin von **Frau Grehling** als stimmberechtigtes Mitglied von der Stadt Hagen in den Regionalrat gewählt worden ist.

Er begrüßt **Herrn Bürgermeister Müller** als Gastgeber für die heutige Sitzung.

Darüber hinaus heißt er **Herrn Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Anschließend richtet **Herr Müller** ein Grußwort an die Mitglieder des Regionalrates.

zu TOP 2: Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest und weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 7 lauten muss „Krankenhausinvestitionsprogramm 2006 - Aktueller Sachstand und Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion“.

Darüber hinaus bittet die CDU Fraktion, die Tagesordnung um den Punkt „Nachbesetzung der Kommissionen“ zu erweitern. Desweiteren hat die Verwaltung aus aktuellem Anlass eine Information über die „Gründung einer Regionalen Planungsgemeinschaft im Ruhrgebiet“ vorbereitet. Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema IGVP zusätzlich auf die Tagesordnung zu nehmen, um über den aktuellen Sachstand zu informieren und das weitere Verfahren zu beraten. Die v. g. Themen sollen unter den Tagesordnungspunkten 12,13 und 14 und die bisherigen Tagesordnungspunkte 12 „Mitteilungen“ und 13 „Anfragen“ unter TOP 15 und 16 behandelt werden. Der Regionalrat stimmt einstimmig zu.

zu TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Herr Hans-Friedel Donschen** benannt.

zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 22.09.2005.“

zu TOP 5: **Herr Brunsmeier** gibt einen Presseartikel zum Protokoll (s. Anlage II).  
Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat beschließt nach § 9 Abs. 1 i.V.m. § 20 Abs. 1 LPIG die Erarbeitung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreis Olpe) in der Fassung des vorliegenden Entwurfs.
2. Die nach § 1 Plan-Verordnung (Artikel 3 der Verordnung zur Neufassung der Verordnungen zum Landesplanungsgesetz vom 10. Mai 2005) zu beteiligenden Behörden und Stellen ergeben sich aus Anlage 1.
3. Die Frist, bis zu der die öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 ROG Anregungen zum Planentwurf und zum Umweltbericht vorbringen können, wird auf 6 Monate festgelegt.
4. Die Frist für die öffentliche Auslegung wird auf 3 Monate festgesetzt. Der Öffentlichkeit wird die Gelegenheit gegeben, während dieser Auslegungs-

frist zum Planentwurf, zu dessen Begründung und zum Umweltbericht Stellung zu nehmen.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (s. Anlage II) fasst der Regionalrat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Die Bezirksregierung wird beauftragt zu prüfen, ob in dem Planentwurf mit entsprechenden Darstellungen und textlichen Hinweisen die Voraussetzungen für die neuen Programmschwerpunkte des EFRE in Nordrhein-Westfalen auch in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe entsprechend umgesetzt werden können.

Der Regionalrat bittet um ausführliche Berichterstattung spätestens im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Neuordnung der EU-Strukturfonds“.

zu TOP 6: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Schreiben des westfälisch-lippischen Landwirtschaftsverbandes vor (s. Anlage III).

Der Regionalrat fasst bei **5 Gegenstimmen** folgenden Beschluss:

1. Die 6. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen (Bochum, Herne, Hagen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Märkischer Kreis) in der Stadt Menden wird entsprechend der Anlage 2b erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 1 unter den Nummern 1 - 68 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
4. Die Frist für die öffentliche Auslegung wird auf zwei Monate festgesetzt. Der Öffentlichkeit wird die Gelegenheit gegeben, während dieser Auslegungsfrist zum Planentwurf, zu dessen Begründung und zum Umweltbericht Stellung zu nehmen.

zu TOP 7: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg fordert die Landesregierung NRW auf, das Krankenhausinvestitionsprogramm 2006 unverändert weiterzuführen und die für den Regierungsbezirk Arnsberg vorgesehenen Fördermittel nach Maßgabe des vom Regionalrat am 16.06.2005 (Vorlage 26/02/05) gefassten Beschlusses zur Verfügung zu stellen.

Eine Aussetzung der Krankenhausförderung in Bezug auf neue Maßnahmen ist aus Sicht des Regionalrates nicht akzeptabel. Die vom Regionalrat beschlossenen Fördermaßnahmen sollen den betroffenen Krankenhäusern notwendige Verbesserungen der medizinischen Versorgung ermöglichen oder zu einer betriebswirtschaftlich sinnvollen Optimierung betrieblicher Abläufe beitragen. Weder die betroffenen Krankenhäuser noch die Krankenhausträger sind in der Lage, die entsprechenden Maßnahmen aus eigener Kraft durchzuführen. Unterbleiben die vorgesehenen Investitionen, so besteht die Gefahr, dass die Leistungsfähigkeit der betroffenen Krankenhäuser nachhaltig Schaden nehmen kann und damit das Versorgungsangebot insgesamt leidet.“

zu TOP 8: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

2. Der Regionalrat beschließt die Prioritätenlisten 2006 für die Programme " Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3,0 Mio.€ " (Anlage 2) und "Radwegeneubau an bestehenden Landesstraßen" (Anlage 4).
3. Der Regionalrat bittet die Landesregierung, auch im Jahr 2006 das Instrument der Vorfinanzierung beizubehalten.

zu TOP 9: Der Regionalrat fasst bei **zwei Enthaltungen** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis
2. Der Regionalrat beschließt den Regionalen Vorschlag zum Bauprogramm 2006 für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes für den Regierungsbezirk Arnberg

zu TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis
2. Der Regionalrat beschließt den Regionalen Vorschlag zum Förderprogramm GVFG / Kommunalen Straßenbau 2006

zu TOP 11: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

„Der Regionalrat beschließt den Programmvorschlag der Bezirksregierung Arnberg zur ÖPNV – Infrastrukturförderung bis 2009 (Anlage 2 und Anlage 3)“

zu TOP 12: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

„Der Regionalrat stimmt der Nachbesetzung der Kommissionen zu.“

zu TOP 13: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 14: Der Regionalrat fasst bei **2 Gegenstimmen** zu den Punkten 4 und 5 ansonsten **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat Arnberg bekräftigt seine grundsätzliche kritische Einschätzung zur Aussagekraft, zur Bewertungsqualität und zur Umsetzungsmöglichkeit der IGVP-Ergebnisse, soweit sie sich bisher informell abzeichnen.
2. Obwohl der nun vorgegebene Zeitraum zur Beratung und Beschlussfassung im Regionalrat bis Anfang Februar 2006 nach einer immerhin fünfjährigen (!) Erarbeitungsphase eine Zumutung ist, besteht trotzdem die grundsätzliche Bereitschaft zur konstruktiv-kritischen Bewertung und Beratung der IGVP-Ergebnisse.
3. Sollte die angedachte dezentrale bzw. regionalisierte Beratung der IGVP-Ergebnisse aus sachlichen oder Zeitgründen der Bedeutung der langfristigen IGVP-Weichenstellung entsprechend nicht möglich sein, wird der Regionalrat Arnberg bei der Landesregierung einen veränderten Zeitplan einfordern.
4. Der Regionalrat erwartet eine verbindliche Aussage der Landesregierung, dass im Rahmen einer angemessenen Übergangsfrist teilweise seit Jahren bestehende abgeschlossene Planungen inkl. dem entsprechend kommunalen Mitteleinsatz nicht IGVP-bedingt quasi mit sofortiger Wirkung ad absurdum geführt werden.

Ansonsten würden z. T. langfristige kommunale Verkehrs-, Infrastruktur- und städtebauliche Planungen „mit einem Federstrich“ eliminiert.

5. Schließlich erwartet der Regionalrat eine eindeutige Klarstellung der Landesregierung, dass die IGVP-Bewertungsergebnisse (bei unterstellter Schlüssigkeit) zukünftig nur als ein Kriterium für Verkehrsinfrastrukturentscheidungen relevant sind; politische Bewertungen, insbesondere aus regionaler und strukturpolitischer Sicht müssen mindestens gleichgewichtig sein.
6. Der Regierungspräsident wird gebeten, den Verkehrsminister des Landes sowie die Fraktionen im Landtag über diese Position des Regionalrates Arnberg zu informieren.

Die Geschäftsstelle des Regionalrates informiert im Auftrag des Vorsitzenden entsprechend umgehend die Vorsitzenden der übrigen vier Regionalräte.

zu TOP 15: Es wurden diverse Mitteilungen zugesandt bzw. verteilt.

**Frau Geiß-Netthöfel** beantwortet die Anfrage der SPD Fraktion aus der Sitzung am 22.09.2005 dahingehend, dass es keine Auswirkungen der Haushaltssperre auf laufende Förderprogramme gibt.

Darüber hinaus berichtet **Frau Geiß-Netthöfel** über den Sachstand der Aktivitäten der Kommunen und Kreise zum Thema „Demografische Entwicklung“. In allen Kreisen und kreisfreien Städten finden Aktivitäten statt. Es sind Arbeitsgruppen eingerichtet und teilweise Konzepte entwickelt oder Studien in Auftrag gegeben worden. Ein ausführlicher Bericht wird in einer der nächsten Sitzungen schriftlich vorgelegt.

zu TOP 16: **Herr Brunsmeier** stellt eine Anfrage (s. Anlage M).

**Herr Pendzich** hat eine Anfrage zur Übertragung von Kompetenzen von des Regionalrates auf den RVR (s. Anlage M). Er bittet um schriftliche Beantwortung bis zur März-Sitzung des Regionalrates.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 12.30 Uhr.

.....  
Droege, Vorsitzender

.....  
Donschen, Ratsmitglied

.....  
Wenner, Schriftführerin

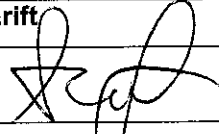
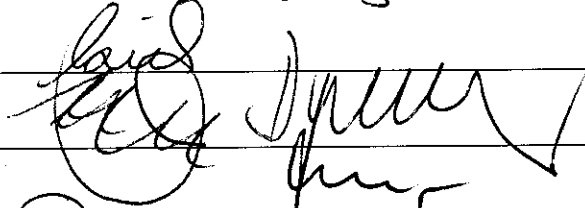
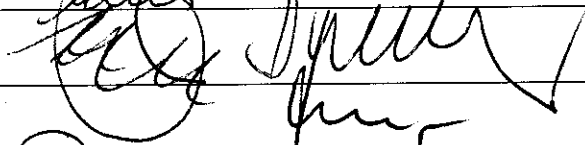
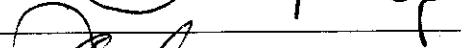

**Anwesenheitsliste**

für die Sitzung des  
**Regionalrates**  
 am 08.12.2005  
 in Olpe

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 12.30 Uhr

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Abel, Roland	8 <sup>45</sup>	38	
Beuermann, Bärbel	7 <sup>20</sup>	Mitfahrerin	B. Beuermann
Buderus, Eva-Maria	8 <sup>00</sup>	120	Eva Buderus
Cziehso, Brigitte	4.45	230	
Donschen, Hans-Friedel	<del>8.00</del> 7 <sup>45</sup>	<del>200</del> 178	
Droege, Hermann-Josef	8.15	84	
Dücker, Victor	8.15	2x 70	Victor Dücker
Ewald, Wolfgang		110	
Fehlemann, Klaus	8 <sup>00</sup>	165	Klaus Fehlemann

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Finke, Ulrich	7 <sup>30</sup>	Dienstwagen	Finke
Fleskes, Heinz-Dieter	7.50	210 km	Fleskes
Freisewinkel, Guido	7 <sup>00</sup>	200 km	Freisewinkel
Giesel, Rainer	7 <sup>30</sup>	118 km	Giesel
Grzeschista, Michael	7 <sup>15</sup>	130 km	Grzeschista
Hansen Fred Josef		46 km	Hansen
Henneke, Hans		2 x 104	Henneke
Herter, Marc	8 <sup>00</sup>	-wird nachgeholt-	Herter
Horneck, Wolfgang	8 <sup>00</sup>	2 x 95	Horneck
Kläsgen, Norbert	8 <sup>00</sup>	2 x 81	Kläsgen
Knieling, Walter	8 <sup>00</sup>	170	Knieling
Kozlowski, Peter	7 <sup>30</sup>	210 km	Kozlowski
Liedmann, Werner	7.20	240 km	Liedmann
Menke, Werner	7 <sup>30</sup>	192 km	Menke

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO



Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Mense, Christel	8 <sup>00</sup>	2 x 83	U. Mense
Müller, Dieter	7 <sup>45</sup>	182	Müller
Neuhaus, Ellen	8 <sup>30</sup>	120	Ellen Neuhaus
Niermann, Guido	8 <sup>00</sup>	230	Guido Niermann
Pendzich, Michael	7.30	242	Michael Pendzich
Rahmede, Manfred			
Schilff, Norbert	7 <sup>10</sup>	156	N. Schilff
Schneeweis, Raymund	7 <sup>45</sup>	220	Raymund Schneeweis
Schnieder, Hubert	7.50	242	H. Schnieder
Schulte, Ludwig	8 <sup>00</sup>	125	L. Schulte
Schwanengel, Norbert	7.10	Dienstreifen	N. Schwanengel
Weiß, Ursula	6.30	15,40 € (Bahn)	U. Weiß
Werner, Udo Witten	8 <sup>24</sup>	169 km	U. Werner
Westerwick, Hans-Joachim	8 <sup>00</sup>	148	H. J. Westerwick

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

Name	Abfahrtszeit	gefahrrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Wiggermann, Martin	7 <sup>30</sup>	174 km	<i>[Signature]</i>
Zeppenfeld, Friedhelm	8 <sup>30</sup>	18	<i>[Signature]</i>

### Beratende Mitglieder

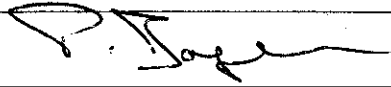
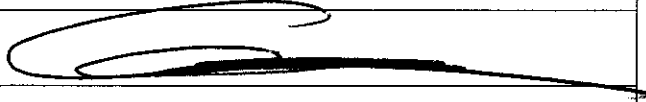
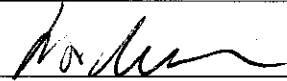
Name	Abfahrtszeit	gefahrrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Baumann, Klaus			
Brunsmeyer, Klaus	8 <sup>30</sup>	110	<i>[Signature]</i>
Fischer, Joachim	8 <sup>00</sup>	170	<i>[Signature]</i>
Hemme, Fritz	8 <sup>15</sup>	2 x 60 km	<i>[Signature]</i>
Kaplan, Karin			entschuldigt.
Keppeler, Georg	9 <sup>15</sup>	/	<i>[Signature]</i>
Pechtel, Hans	8 <sup>15</sup>	16 km	<i>[Signature]</i>
Rittermeier, Heinz	<del>8<sup>15</sup></del> 7.45	<del>164</del> 198	<i>[Signature]</i>
Römer, Norbert			entschuldigt
Tillmann, Klaus-Yongden			entschuldigt.

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

Name	Abfahrtszeit	gefahrne km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
von Buchwald, Werner	8.10/2	87 km x 2	Werner v Buchwald
Wawrzyniak, Ingrid			
Stadt Bochum			
Stadt Dortmund			
Stadt Hagen			
Stadt Hamm			
Stadt Herne	230		
Ennepe-Ruhr-Kreis			
Hochsauerlandkreis			
Märkischer Kreis			
Kreis Olpe			
Kreis Siegen-Wittgenstein			
Kreis Soest			
Kreis Unna			

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

### Kommissionsmitglieder, die nicht dem Regionalrat angehören

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Borgmann, Peter	8 <sup>00</sup>	210 km	
Eckholt, Klaus			
Eichel, Jürgen			
Goesmann, Gritta	-	-	
Heimes, Alfons			
Heinzel, Richard			
Ixert, Andreas			
Krebsbach, Friedhelm			
Nordmann, Josef	8 <sup>45</sup>	100 km	
Peschel, Artur			
Rasche, Christof, MdL			
Schneider, Hans-Walter			
Scholz, Eckhard			
Senkel, Sigurd			

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

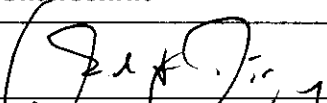

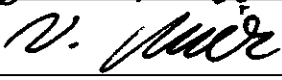
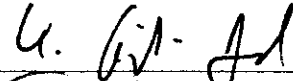
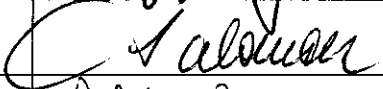
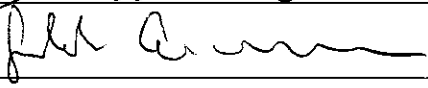
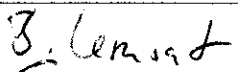

Name	Abfahrtszeit	gefahrne km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Stumpe, Alfred			
Stumpf, Alfons			
Voß, Michael			

### Gäste

Name	Unterschrift
Müller, Horst Bürgermeister Stadt Olpe	<i>anwesend</i>
Knaebel, Bernd Beigeordneter Stadt Olpe	<i>anwesend</i>

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

## Bezirksregierung Arnsberg

Name	Unterschrift
Regierungspräsident Diegel, Helmut	
Regierungsvizepräsident Kosow, Heiko-Michael	
Abteilungsdirektor Milk, Volker	
Bezirksplanerin Geiß-Netthöfel, Karola	
Abteilungsdirektor Salomon, Christian	
Abteilungsdirektor Eickhoff, Gerhard	
Abteilungsdirektor Kirchner, Michael	entschuldigt
Pers. Referentin Krusat, Bettina	
Pressesprecher Söbbeler, Christoph	

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

Müller, Bernd Dezernat 36	-
Palm, Werner Dezernat 61	<i>Palm</i>
Nagel, Friedrich Dezernat 61	<i>Nagel</i>
Möller, Fritz Dezernat 61	-
Richard, Hildegard Dezernat 62	<i>Richard</i>
Knepper, Barbara Dezernat 62	<i>Knepper</i>
Meier, Hartwig Geschäftsstelle	<i>H. Meier</i>
Wenner, Anne Geschäftsstelle	<i>Wenner</i>
Limberg, Elke Geschäftsstelle	<i>Limberg</i>
Groß, Elisabeth Geschäftsstelle	<i>Groß</i>

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der 5. DVO

Anlage II

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**  
**Fraktion im Regionalrat des**  
**Regierungsbezirks**  
**Arnsberg**

Peter Borgmann  
Pol. Geschäftsführer

Tel. 0234-912 95 74  
Fax 0234-916 03 06  
Mobil: 0172-589 20 01  
gruene-regionalrat@borgmanns.de

Diekampstraße 37 • 44787 Bochum  
Bankverbindung: Sparkasse Bochum  
Kto.Nr. 146 45 85 • BLZ 430 500 01

Bochum, den 5.12.2005

**Grüne**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Diekampstr. 37 - 44787 Bochum

**Antrag zur Sitzung des Regionalrats am 8. Dezember 2005, TOP 5**  
**Erarbeitungsbeschluss Regionalplan Siegen-Olpe**

Beschlussvorschlag

Die Bezirksregierung wird beauftragt zu prüfen, ob in dem Planentwurf mit entsprechenden Darstellungen und textlichen Hinweisen die Voraussetzungen für die neuen Programmschwerpunkte des EFRE in Nordrhein-Westfalen auch in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe entsprechend umgesetzt werden können.

Der Regionalrat bittet um ausführliche Berichterstattung spätestens im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Neuordnung der EU-Strukturfonds“.

Begründung:

Unter der Säule „städtische Dimensionen“ sind die Programmschwerpunkte

- lokale Ökonomien
- Tourismus/Kulturwirtschaft
- integrierte Entwicklung städtischer Problemgebiete
- Flächenentwicklung/Infrastruktur

vorgesehen. Auch die bisherige Städtebauförderung soll in das neue Programm integriert werden.

Udo Werner  
Mitglied des Regionalrats  
stv. Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Borgmann  
Fraktionsgeschäftsführer





# VORSCHLAG: PROGRAMMSCHWERPUNKTE IN NRW (EFRE)

## Gründungs- und KMU-Förderung

- Gründer- und KMU-Finanzierung (z.B. Zuschüsse, Nachrangdarlehen, Fondslösungen)
- Beratungs- und Coachingnetzwerke für KMU (z.B. Go!, move)

## Innovation und wissensbasierte Wirtschaft

- FuE-Förderung
- Technologische Infrastruktur
- Netzwerk-/ Clusterförderung
- Qualifizierung
- Innovative Dienstleistungen

## Städtische Dimension

- Lokale Ökonomien
- Integrierte Entwicklung städtischer Problemgebiete
- Tourismus / Kulturwirtschaft
- Flächenentwicklung / Infrastruktur

Umweltmanagementsysteme, produktionsintegrierter Umweltschutz

**Umwelt**  
Innovationen zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz; Neue Energien; Umwelttechnologien

Gemeinschaftswerk "Neues Emschertal";  
Flächensanierung

## Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechterdifferenzierte Ausgestaltung der Förderinstrumente

# Flächenpolitik: Umdenken gefordert

**BUND und Bürgerinitiativen luden zur Informationsveranstaltung in die Siegerlandhalle ein**

sz Siegen. Fläche ist ein knappes Gut – doch Tag für Tag werden fast 100 Hektar Wald, Wiesen und landwirtschaftlich genutzte Böden für neue Siedlungen und Verkehr in Anspruch genommen, bedauert die Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und fordert von den hiesigen Kommunen ein Umdenken. Zusammen mit elf Siegerländer „Bürgerinitiativen gegen Flächenverbrauch auf intakter Natur“ organisierte der Umweltverband im voll besetzten Eintrachtsaal der Siegerlandhalle eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Flächenverbrauch“.

„Von Hilschenbach bis Burbach fühlen sich Bürger von der Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete in ihrer Lebensqualität eingeschränkt“, so die BUND-Vorsitzende Bärbel Gelling in ihrer Einführungswort. „Wir sind jedoch nicht gegen neue Industrieansiedlung und wir begrüßen ausdrücklich die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze. Dies kann jedoch nicht durch immer neue Inanspruchnahme wertvoller Natur geschehen.“

Die Referenten des Abends, Prof. Dr. Siegfried Bauer von der Justus-Liebig-Universität Gießen und Markus Pierk vom Agenda Forum in Bonn, waren sich in ihrer Einschätzung einig: „Die Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leer stehenden Gebäuden sowie die Verringerung neuer Flächenbebauung sollten künftig kommunale Ziele sein.“

Prof. Bauer, der den Lehrstuhl „zukunftsfähige Raumnutzung“ innehat, mahnte ein neues Flächenbewusstsein an. Er verwies auf die Folgenlasten des Flächenverbrauchs wie vermehrte Hochwassergefahr durch Versiegelung einerseits und Klimaveränderung durch vermehrte Trockenheit im Sommer wegen fehlender Gleichheit der Böden, Wasser zu speichern.

Auf den auf Bundesebene einberufenen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ setzt Markus Pierk seine Hoffnung: Das bundesweite Ziel, den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag zurückzuschrauben, sei den meisten Kommunen bekannt. Noch immer aber bedeute Wirtschaftsförderung in vielen Städten und Gemeinden die Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete.

Veränderungen müssten in Kooperation mit den Bürgern geplant werden, war der einhellige Tenor der anwesenden Vertreter der Siegerländer Bürgerinitiativen. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen werde die Finanzierung von Infrastruktur problematischer, die Bürger steuerlich immer mehr belastet.

„Mehr Kosten- und Planungswahrheit“ forderte auch Wolfgang Stock von der BUND-Kreisgruppe Altkirchen ein.

Einige AK-Gemeinden hätten bereits erfolgreich das Instrument des Flächenrecyclings genutzt. Als Hauptgrund für die zunehmende Inanspruchnahme von intakten Naturgebieten wurde die Konkurrenz der Kommunen um Einwohner und Arbeitsplätze ausgemacht. Hier müsse eine verstärkte interkommunale Planung stattfinden, so die Diskussionsteilnehmer.

In einer beeindruckenden Visualisierung des Froudenberger Gewerbegebiets wartete der Vorsitzende der etwa 350 Mitglieder starken Bürgerinitiative Wilhelmshöhe West, Dieter Ohrndorf, mit konkreten Zahlen auf. Von der ursprünglich als interkommunales Gebiet vorgesehene Fläche von insgesamt 83 Hektar seien durch Böschungen, Regenrückhaltebecken, Straßen etc. lediglich 37 Hektar zu vermarkten. „Wir sind aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen“, war sein Appell an die Anwesenden. Und weiter mit Blick auf die erheblichen Landschaftseingriffe, die von der Politik abgesegnet würden: „Wir können kritische Projekte nicht Schwarz, Rot, Gelb oder Grün überlassen.“

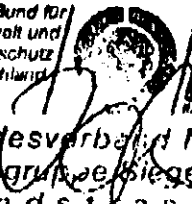
Auch die Vorsitzenden der Bürgerinitiative Seelbach-Oberschelden, Helmut Böcking, und Wilsdorf, Ekkohard Blume, stellten die betroffenen Gebiete in ihren Gemeinden vor. Die anderen Initiativen zogen das Fazit: Solange Gewerbegebiete wie Kaltelche, Siegerlandflughafen, Insbachtal und die Gewerbebrachen in Siegen komplett oder zum Teil leer stünden, sei ein neuer Bedarf nicht nachvollziehbar. Auch eine länderübergreifende Betrachtung mit Hessen oder Rheinland-Pfalz sei dringend geboten, so die Initiatoren der Veranstaltung.

Der BUND fragt sich, wie viel Geld für die Bürger den Kommunen zur Verfügung stünde, wenn statt in neue Gewerbegebiete direkt in Arbeitsplätze investiert würde und ist überzeugt: Mehr Angebote bei Bussen und Bahnen, stabile Kinder- und Jugendarbeit, Lebensmittelkontrollen, Umweltschutzmaßnahmen, Sicherheit, setzten zusätzlich Menschen in Lohn und Brot. „Ehrliche Zahlen erzeugen eine ehrliche Diskussion“, so die Veranstalter, die die Debatte künftig direkt in die Rathäuserstuben hineinbringen wollen.

**Den Mitgliedern des Regionalrates in Arnsberg zur gefälligen Kenntnisnahme.**

**Mit freundlichen Grüßen**

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



**BUND**  
Landesverband NW e. V.  
Kreisgruppe Siegen-Wittg.  
Sandstrasse 92  
57072 Siegen  
Telefon 02 71 14 67 20

Anlage III



WLV-Märkischer Kreisverband  
Ulmenweg 4 a · 58507 Lüdenscheld  
Bezirksregierung Arnsberg  
Geschäftsstelle des Regionalrates  
Seibertzstr. 1

Westfälisch-Lippischer  
Landwirtschaftsverband e. V.  
Märkischer Kreisverband

58507 Lüdenscheld  
Ulmenweg 4 a

Telefon: 02351 99775-3  
Telefax: 02351 99775-59  
E-Mail: info-lue@wlv.de  
Internet: www.wlv.de

59821 Arnsberg

Bezirksregierung  
Eing. 30. NOV. 2005  
Arnsberg

Lüdenscheld, 23.11.2005  
(Anschreiben an Bezirksreg. Arnsberg, Änd.  
Gebietsentwicklungsplan, 22.11.05 neu.doc)

**2. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen im Bereich der Stadt Menden – Umwandlung in ASB Menden-Lendringsen –**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind mit der Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder Frau Julia Stark, Zur Agatha 6, 34431 Marsberg und Herrn Stefan Stieldorf, Am Kalkhofen 4, 58708 Menden, beauftragt.

Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird hiermit versichert.

Vorliegend geht es um die Bebauungsmöglichkeit im Bereich "Im Eckholte" im Ortsteil Menden-Schwitten. Unsere Mitglieder verfügen im Bereich Menden-Schwitten, Gemarkung Schwitten, Flur 2, über die Flurstücke 155-158. Die Flurstücke weisen insgesamt eine Größe von ca. 31.982 m<sup>2</sup> auf.

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Menden sind die o.g. Flurstücke als Wohnbaufläche dargestellt.

In der Vergangenheit hat die Stadt Menden Bestrebungen unternommen, den Gebietsentwicklungsplan (GEP), TA Oberbereiche Bochum und Hagen im Bereich des Ortsteils Lendringsen im Biebertal und hier im Bereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 15 der ehemaligen Gemeinde Lendringsen vom 26.03.1971 mit den Festsetzungen "Gewerbegebiet und Industriegebiet" zu ändern. Ziel der Stadt Menden ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ihre Absichten zu schaffen, statt Gewerbe und Industriegebiet, wie bisher aufgrund der Bauleitplanung festgesetzt, nunmehr Wohnbebauung zu entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Stadt Menden den Vorschlag eingebracht, evtl. die Wohnbauflächen in "Schwitten" und "Platte Heide" zurückzunehmen.

Bislang wurde dem Antrag der Stadt Menden auf Einleitung des Erarbeitungsverfahrens im Hinblick auf die Änderung des GEP nicht gefolgt.

Unseren Mitgliedern ist sehr daran gelegen, dass der GEP nicht geändert wird. Die Planungsabsicht der Stadt Menden steht in starkem Widerspruch zu den Vorgaben des GEP. Das Biebertal ist im bestehenden GEP als "Bereich für Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" ausgewiesen. Aus diesem Gebiet nun ein solches für Wohnbebauung machen zu wollen, steht in starkem Widerspruch zum GEP.

Sollten die Planungsabsichten der Stadt Menden Zustimmung finden, kündigen unsere Mitglieder schon jetzt an, sich dagegen mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren.

Wir möchten den Regionalrat daher bitten, seine Zustimmung zur Änderung des bestehenden GEP nicht zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen



Ass. jur. A. Lanfermann

Biebertal

**Anfrage von Herrn Brunsmeier:**

1. Wie viel ha neue ASB wies der GEP vom 25.8.89 aus?
2. Wie viel ha neue ASB wurden in den 24 Änderungsverfahren dargestellt?
3. Wie viel ha Siedlungsflächen sind im Zeitraum seit 1989 tatsächlich neu entstanden im Plangebiet des GEP/Regionalplan OE/SI?



Empf: 14.12.05

SPD im Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg  
M. Pendzich, Vorsitzender, Auf der Borg 25, 59494 Soest

Herrn  
Regierungspräsident  
Helmut Diegel  
Bezirksregierung Arnsberg  
Seibertzstraße 1  
59821 Arnsberg

Herrn RP add  
als Eingang  
vorgelegt  
14/12

**Michael Pendzich**

Vorsitzender  
Auf der Borg 25  
59494 Soest  
michael.penzich@spd-regionalrat-arnsberg  
www.spd-regionalrat-arnsberg.de

Geschäftsstelle  
Ulricher Str. 26-28  
59494 Soest  
Tel: 02921 / 364725  
Fax: 02921 / 15952

Soest, den 08.12.2005

### Anfrage

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Diegel!

Die Landesregierung erwägt bekanntlich, die Regionalplanung für das Ruhrgebiet den bisher zuständigen Regionalräten zu entziehen und stattdessen dem Regionalverband Ruhr (RVR) zu übertragen. Im Anschluss daran bittet die SPD-Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Bezirksregierung bekannt, wie weit die entsprechenden Planungen gediehen sind und dass hierzu insbesondere bereits ein ministerieller Gesetzentwurf (Referentenentwurf) vorliegt? Hat die Bezirksregierung hierzu eine fachliche Stellungnahme abgegeben?
2. Erscheint es aus Sicht der Bezirksregierung sinnvoll, durch die Begründung neuer Zuständigkeiten im Bereich der Regionalplanung einer spätestens für 2012 vorgesehenen grundlegenden Neugliederung der staatlichen Mittelinstanzen vorzugreifen?
3. Wie würde sich eine Zuständigkeitsverlagerung personell auf die Bezirksregierung auswirken? Wie sollen entsprechende Auswirkungen gegebenenfalls umgesetzt werden?
4. Welche Auswirkungen hätte eine Verlagerung der Zuständigkeiten auf die Zusammensetzung des Regionalrates Arnsberg?
5. Innerhalb welches Zeitraums ist mit einer Realisierung des Gesetzesvorhabens zu rechnen?

Mit freundlichen Grüßen

Michael Pendzich  
Vorsitzender